

## Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

### Betreff

**Straßenerhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet (Innenstadt) 2014  
hier: Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens**

### Beschlussorgan

Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)	20.02.2014

### Beschluss:

Die Bezirksvertretung stellt den Bedarf für die Straßenerhaltungsmaßnahmen im Stadtbezirk Innenstadt für die Jahre 2014 ff. (entsprechend der Anlage) fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

**Haushaltsmäßige Auswirkungen** **Nein**

<input checked="" type="checkbox"/> <b>Ja, investiv</b>	Investitionsauszahlungen		8,25 Mio. €	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____	___%
<input checked="" type="checkbox"/> <b>Ja, ergebniswirksam</b>	Aufwendungen für die Maßnahme		<u>9,3 Mio.</u> €	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____	___%

**Jährliche Folgeaufwendungen (ergebniswirksam):** **ab Haushaltsjahr:** 2015

a) Personalaufwendungen	_____ €
b) Sachaufwendungen etc.	_____ €
c) bilanzielle Abschreibungen	<u>165.000</u> €

**Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam):** **ab Haushaltsjahr:**

a) Erträge	_____ €
b) Erträge aus der Auflösung Sonderposten	_____ €

**Einsparungen:** **ab Haushaltsjahr:**

a) Personalaufwendungen	_____ €
b) Sachaufwendungen etc.	_____ €

Beginn, Dauer

\_\_\_\_\_

**Begründung:**

Wie schon bereits in den Jahren zuvor, stellt die Verwaltung den zuständigen Gremien das beabsichtigte Straßenerhaltungsprogramm für die Jahre 2014 ff. vor. Die in den letzten Jahren praktizierte Vorgehensweise einer gesamtstädtischen Entscheidung für das Kölner Stadtgebiet durch den Verkehrsausschuss kann aufgrund der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln und der darin enthaltenen Entscheidungsbefugnis nicht mehr angewendet werden. Deshalb wird parallel zu dieser Beschlussvorlage eine Vorlage in den Verkehrsausschuss gegeben, in der die weiteren Straßenerhaltungsmaßnahmen gemäß der Zuständigkeitsordnung behandelt werden. Es handelt sich hierbei um ein Programm, das sowohl konsumtive als auch investive Maßnahmen beinhaltet. Es hat sich herausgestellt, dass eine genaue Zuordnung zum jeweiligen Teilhaushalt unter den Erfordernissen des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements“ häufig erst im Zuge der Bauvorbereitung und nach Klärung der KAG-Beitragsfrage möglich ist.

Insgesamt stehen im Haushaltsjahr 2014 im investiven und konsumtiven Teil rund 17,55 Mio. Euro zur Verfügung. Hiervon sind derzeit 8,25 Mio. Euro im investiven Bereich eingeplant. Die Verwaltung wird die Mittel für kleinere Instandsetzungsarbeiten, größere Instandsetzungsarbeiten, die gemeinsame Wiederherstellung nach Arbeiten durch Versorgungsträger sowie für sogenannte Generalinstandsetzungen verwenden.

Die in der Anlage aufgelisteten Einzelprojekte haben ein Gesamtvolumen von rund 3 Mio. Euro. Die Abarbeitung ist vorbehaltlich der dafür erforderlichen Ressourcen in den nächsten drei bis vier Jahren vorgesehen und ist der wesentliche Teil des Konzeptes zur Sanierung der Straßenschäden.

Die in der Anlage beigefügten Maßnahmenlisten werden gemäß dem Beschluss sukzessive abgearbeitet. Ergänzungen/Veränderungen können aufgrund der Beratungen in den Bezirksvertretungen und im Verkehrsausschuss im Hinblick auf die finanziellen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Im laufenden Verfahren werden weitere Planungserfordernisse (z. B. die Belange des Radverkehrs oder die Optimierung der Parkplatzsituation und Verkehrsberuhigung) geprüft und eingearbei-

tet. Bei wesentlichen Änderungen werden die Planungen oder Optimierungen den entsprechenden politischen Gremien zuständigkeitshalber erneut vorgelegt. Ebenfalls muss bei jeder Maßnahme geprüft werden, ob eine KAG-Pflicht für die Anlieger besteht. Die Anwohner werden in diesem Fall im Vorfeld über die einzelnen Maßnahmen und die dadurch entstehenden Kosten informiert.

Der Bedarfsfeststellungsbeschluss ist bei den in den Anlagen aufgelisteten Straßenunterhaltungsmaßnahmen die Voraussetzung für die Umsetzung und den Maßnahmenbeginn. Die Beschlussfassung ist notwendig, um die Handlungsfähigkeit der Verwaltung für die Jahre 2014/2015 sicherzustellen. Ein erneuter Bedarfsfeststellungsbeschluss ist dann notwendig, wenn bei einer Maßnahme eine Überschreitung der finanziellen Ansätze von 20 % erfolgt.